

Zurück zur Stadt

Mit der Gesundheit dürfen keine Profite gemacht werden. Deshalb fordert die LINKE den Rückkauf der Sana-Kliniken. **S.3**

Schlechte Erreichbarkeit

Die Kommunikation mit den Ämtern ist miserabel. Besonders betroffen sind sozial Benachteiligte. Die LINKE hat einen Vorschlag. **S.4**

Das lange Warten

Eine Nachfrage der LINKEN machte es öffentlich. Der Ausbau des schnellen Internets zieht sich hin. Schuld ist eine verkornte Politik. **S.5**

Abgehoben

Der Flughafen Düsseldorf will mehr Flüge genehmigt bekommen. Nicht nur wegen dem Klimawandel sagt die LINKE Nein. **S.7**

Ist doch egal wie teuer das ist...



Foto: (CCO) piqsels

Opernhaus – Wirklich für alle?

Düsseldorfs Fass ohne Boden

Seit der Gründung der Theatergemeinschaft im Jahre 1956 zählt die Deutsche Oper am Rhein Düsseldorf Duisburg GmbH zu den bedeutendsten Opernhäusern in Deutschland. Und stellt unsere Stadtgesellschaft und die Politik vor eine große Herausforderung. Sanierung und Neubau? Was soll mit diesem Haus in Zukunft geschehen?

Spielstätte der Verschwendung

Am Düsseldorfer Opernhaus wird seit gut 20 Jahren improvisiert und geflickt. Immer wieder geriet das Opernhaus in die Schlagzeilen, das Gebäude befindet sich in einem maroden Zustand und die Liste der Mängel ist lang. Im Jahr 2006 flossen rund 30 Millionen Euro in Notreparaturen, Klima- und Bühnentechnik. Der Spielbetrieb wurde über ein Jahr in ein Provisorium ausgelagert. Weitere Millionen folgten immer wieder um notwendige Sanierungsarbeiten vorzunehmen. Ein Fass ohne Boden. Da hilft auch die ausgezeichnete Lage an der Heinrich-Heine-Allee nicht. Viele Düsseldorfer:innen haben sich in den letzten Monaten für einen Neubau der Oper an ihrem heutigen Standort ausgesprochen. Der

zentralen Lage und der guten Erreichbarkeit wegen. Das Problem ist jedoch, dass dort massive Eingriffe in den denkmalgeschützten Park nötig wären. Wie auch immer: Es wird teuer. Und da kommt die berechnete Frage auf, ob das Ergebnis wirklich allen Düsseldorfer:innen zu Gute kommt.

Teure Plätze in der Oper

In der Spielzeit 2017/18 wurde jede Eintrittskarte der Oper mit 176,74 € finanziell subventioniert. Insgesamt flossen 28,6 Mio. € aus städtischen Mitteln und 11,7 Mio € aus weiteren öffentlichen Mitteln. Dies ist ein extremes Ungleichgewicht zu anderen Kulturangeboten in der Stadt.

Architektur der Superlative

Während um jeden Cent für soziale und kulturelle Projekte gekämpft wird, gibt die Stadt gerne hohe Millionenbeträge für die Verwirklichung von Bau- und Verkehrsprojekten aus. Der Kö-Bogen und die Bahnlinie U 81 waren zwei der teuersten Beispiele. Unter Schwarz-Grün will die Stadt durch „Größe“ im Kulturbereich glänzen: Während bei der Förderung von kleinen Kulturprojekten jeder

Euro zweimal umgedreht wird, kennen die Ideen für den Neubau eines Opernhouses keine finanzielle Obergrenze. Über die Zukunft der freien Szene macht sich Schwarz-Grün dagegen keine Gedanken. Diese findet keine bezahlbaren Flächen in der Stadt. Und Unterstützung auf städtischer Seite gibt es nur unzureichend.

Die Stadt lässt sich lieber vom Immobilien-Milliardär René Benko Vorschläge für Protzbauten präsentieren. Benko hat seine Kaufhof-Filiale Am Wehrhahn dichtgemacht und möchte nun mit dem Grundstück Profite machen. Sein beauftragtes Architekturbüro BIG präsentierte der Auswahlkommission Entwürfe für Wolkenkratzer mit integrierter Oper.

Auch andere Architekturvorschläge für andere Standorte sind vor allem eins – groß und teuer. Erschwerend kommt hinzu, dass die Mehrheit im Stadtrat eine Entscheidung noch in diesem Jahr durchpeitschen will. Das hat DIE LINKE scharf kritisiert und fordert stattdessen einen ordentlichen und transparenten städtebaulichen Wettbewerb. Mehr Kultur wird Düsseldorf nicht durch einen teureren Kulturtempel erreichen. Und für alle, wie angepriesen, wird diese Oper nicht sein.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

was passiert mit uns, wenn die Krise zur Normalität wird? Wir haben uns an eine ständige Ausnahme-situation gewöhnt, in der nur Krisenmaßnahmen und Proteste gegen sie Aufmerksamkeit erhalten. Auch der Kampf gegen den Klimawandel scheint eine permanente Krise. Diskutiert wird nur über die Entschlossenheit, mit der sie bekämpft werden muss. Die Fixierung auf Krisenbewältigung birgt die Gefahr, dass die Wurzeln der Krise nicht angegangen werden.

Die Großkonzerne in Düsseldorf machen in der Krise höhere Profite als zuvor und verteidigen sie gegen Besteuerung. Die Zahl der Millionäre in Düsseldorf steigt. Dagegen werden die Beschäftigten in schlechten Jobs als erste arbeitslos. Immer mehr Düsseldorferinnen und Düsseldorfer haben mit Einkommensmangel, Unsicherheit und steigenden Mieten zu kämpfen. Bei der Diskussion um den städtischen Haushalt für 2022 wird sich DIE LINKE gegen jede Kürzung bei städtischen Leistungen einsetzen. Im Juni hatte DIE LINKE SPD/Volt und Grüne auf ihre Seite gezogen und einen Appell des Stadtrates an die Bundes- und Landesregierung zur besseren Finanzierung der Kommunen durchgesetzt. Wenn DIE LINKE im Stadtrat und die Menschen in der Stadt Druck machen, können wir auch einen Sparhaushalt 2022 verhindern. Wenn der Stadtrat den Finanzierungsvorschlägen der LINKEN folgt, kann Düsseldorf in 2022 sogar neue Projekte gegen die Klima-Katastrophe und für mehr Demokratie und Lebensqualität angehen.

Ihre R(h)einblick-Redaktion

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 89-95 123
Bürozeiten: Mo.- Do. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook.com/LinksfraktionDuesseldorf

35.678 Arbeitslose in Düsseldorf = 10,2 %

DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Dies ist notwendig, da die offizielle Arbeitslosenzahl kein Abbild der Wirklichkeit ist. Um die Anzahl der Arbeitslosen niedriger darzustellen, wird bei der offiziellen Zahl ein großer Teil der Arbeitslosen einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslosen, die älter als 58 Jahre sind, erscheinen ebenfalls nicht in der offiziellen Zahl. Durch diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenzahl stark: Die offizielle Zahl in Düsseldorf lag im Juli 2021 bei 27.579 (offizielle Arbeitslosenquote 8,0 Prozent). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, aus der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.678 um 8.099 Personen höher als die schön gerechnete, offizielle Zahl. Dort wird ebenfalls aufgeführt, dass lediglich 4.514 freie Arbeitsstellen im Juli gemeldet waren. In dieser Zahl sind auch Stellen enthalten, die nicht sozialversicherungspflichtig und keine Vollzeitstellen sind.

Die genauen Zahlen finden Sie auf unserer Webseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Zurück auf die Plätze: Altpapiercontainer

Der Stadtverwaltung waren öffentliche Papiercontainer ein Dorn im Auge. Deshalb argumentierte man 2016, die Container ermutigten nur zur wilden Ablage von Hausmüll neben den Containern. An 130 Standorten wurden seitdem Container entfernt. Seit der Corona-Pandemie aber wird mehr im Internet eingekauft – und die blauen Papiertonne und die verbliebenen Altpapiercontainer quellen über. DIE LINKE beantragte deshalb im zuständigen Ausschuss für öffentliche Einrichtungen den Stopp des Abbaus der Altpapiercontainer; wenigstens für die Dauer der Pandemie. Der Ausschuss lehnte den Antrag der LINKEN ab. Wir sind der Meinung: Der Abzug der Container war eine Schnapsidee; die blaue Tonne kann sie nicht ersetzen.

Neue Wege zur Impfung benötigt

Impfstrategie in den besonders benachteiligten Düsseldorfer Stadtbezirken ausweiten

In Städten wie Duisburg und Köln liefen Anfang Juni große Impfkampagnen an, die von Anwohner:innen intensiv genutzt wurden. Im sogenannten „Corona-Update“ der Stadtverwaltung am 19. Mai 2021 wurde berichtet, dass die Stadt Düsseldorf vom Land NRW, trotz des Interesses seitens

Düsseldorf nach Auffassung der Ratsfraktion DIE LINKE möglichst viel Unterstützung leisten, damit alle Menschen schnell einen einfachen Zugang zu einer Corona-Schutzimpfung erhalten. Aus diesem Grund machte DIE LINKE Ratsfraktion in vielen Sitzungen des Ausschusses

in den Vierteln besser zu schützen und zu unterstützen.

Daten über die Inanspruchnahme von Corona-Testangeboten in den Düsseldorfer Stadtteilen wurden gar nicht erst erhoben, weil sie nach Aussage des Gesundheitsamtes für das Infektionsgeschehen irrelevant seien. Das mag schon stimmen: Für den Schutz von Düsseldorfer:innen, die in ärmeren Stadtteilen wohnen, sind diese Zahlen aber sehr wichtig.

Im Frühsommer 2021 wurden immerhin mobile Teams in die Stadtbezirke 6, 8 und 9 geschickt, um einfach zugängliche Testangebote zu schaffen. Diese „Testbusse“ boten Tests ohne Terminvergabe an. Kurios: Als zusätzlicher Anreiz wurden an einigen Teststationen Mini-Wertgutscheine, Shampoo oder Pflegeprodukte angeboten, um die Leute zum Test zu animieren. Immerhin stellten sich nach dem Engagement von Sprach- und Kulturmittler:innen erste Erfolge ein.

Dabei hatte die Verwaltung in einer Anfrage aus dem März 2021 schon geantwortet, dass durchaus Indizien darauf hinweisen, dass weitere Faktoren als hohes Alter mit einer höheren Corona-Inzidenz in Stadtteilen zusammenhängen könnten. Darunter auch ein hoher Anteil an Einwohnern, die Grundsicherung (SGB II/XII) beziehen. Insgesamt traf die Stadtverwaltung allerdings eine nüchterne Feststellung: Die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen seien durch „Corona-Müdigkeit“ nicht mehr gut erreichbar.



Das Impfzentrum reicht nicht aus - hinein in die Stadtviertel
Foto: © Landeshauptstadt Düsseldorf/David Young

der Stadt, keine zusätzlichen Impfdosen für besonders betroffene Stadtbezirke erhalten wird. Die Impfdosen wären auf acht Stadtteile verteilt worden, in denen die Corona-Inzidenzen und die Besiedelung besonders hoch sind – darunter Eller, Flingern, Lierenfeld und Oberbilk.

Aufgrund verschiedener Hindernisse, unter anderem erschwerten Zugang zu technischen Geräten, um beispielsweise im Internet einen Impftermin zu buchen, fehlender Anbindung an einen Hausarzt oder Sprachbarrieren, muss die Stadt

für Gesundheit und Soziales Druck.

Die Antworten der Verwaltung boten Anlass zur Sorge: Wie erwartet, wurden überhaupt keine Zahlen zu Impfungen oder Testangeboten in den Stadtvierteln erhoben. Dabei wiesen bereits mehrere Studien auf einen Zusammenhang zwischen Corona-Erkrankungen und Armut hin (siehe Rheinblick Ausgabe 1/2021). Schlimmer noch: Nach der Absage des Landes, plante die Stadtverwaltung auch keine zusätzlichen Maßnahmen, um gerade die besonders betroffenen Menschen

Straßennamen und ihre Bedeutung

Der Helmut-Hentrich-Platz

Der R(h)einblick berichtet regelmäßig über Düsseldorfer Straßennamen, mit denen Kolonial- und Naziverbrecher oder ihre Unterstützer geehrt werden. Die Ratsfraktion DIE LINKE hatte im Kulturausschuss die Initiative gestartet, alle Namen von Straßen und Plätzen auf problematische Hintergründe oder Bezüge zu überprüfen. Belastete Straßennamen sollen umbenannt werden.

Der Helmut-Hentrich-Platz in der Innenstadt

Helmut Hentrich (*17. Juni 1905 in Krefeld; †7. Februar 2001 in Düsseldorf) war Architekt nicht nur in der Zeit des Nationalsozialismus, sondern er bestimmte maßgeblich das Aussehen Düsseldorfs in der Nachkriegszeit. Das bekannteste Bauwerk ist das sogenannte Dreischeidenhaus, das er mit seinen Partnern plante.

Hentrich profitierte in der Nachkriegszeit von alten Seilschaften aus der Zeit des Nationalsozialismus. Er war ab 1941 Mitglied der NSDAP. Schon seit 1938

war er Mitglied im Arbeitstab des später als Kriegsverbrecher verurteilten Albert Speer. Von Hitler und Goebbels wurde er 1944 in die sogenannte „Gottbegnadeten-Liste“ aufgenommen, die u.a. Architekten vom Fronteinsatz befreite. In diese Zeit fallen auch Pläne für den Aufbau der zerstörten Großstädte und ihren autogerechten Umbau. In Düsseldorf war maßgeblich der hochrangige Mitarbeiter Speers Friedrich Tamms dafür zuständig. Er war von 1948 bis 1954 Leiter des Stadtplanungsamtes in Düsseldorf. Er holte mehrere belastete Architekten nach Düsseldorf, darunter Hentrich. Hentrich schloß nahtlos an die Architektur des „1000-jährigen Reiches“ an und wurde für den Bau der Trinkaus-Bank an der Kö vom mittlerweile im Gefängnis sitzenden Speer hoch gelobt. Die Konzentration von ehemaligen NS-Architekten wurde vom neu gegründeten Düsseldorfer Architekten-Ring Anfang der 1950er Jahre kritisiert und führte zum sogenannten „Architekten-Streit“. Düsseldorf war nach ih-



Lange Zeit Wahrzeichen
Foto: (CC BY-SA 2.0) flickr/Roger W

rer Ansicht ein „Zentrum der ehemaligen Nazi-Prominenz“. Hentrich selbst hat sich in seiner Biographie selbst eingewaschen indem er behauptete, dass seine Arbeit in der NS-Zeit nie von politischen Aspekten gefärbt gewesen sei. Diese fragwürdige Ansicht war in der Nachkriegszeit weitverbreitet. Seine Verstrickungen in der NS-Zeit werden gerne verschwiegen und so konnte er ein angesehener und viel geehrter Bürger in Düsseldorf werden.

SANA-Kliniken in städtische Hand

DIE LINKE will Gespräche über Rückkauf

Alle Parteien außer der LINKEN stellen das Gesundheitssystem vor allem als Kostenfaktor dar. Die Corona-Pandemie hat sie deshalb eiskalt erwischt: Was, wenn wir Intensivbetten und Beatmungsgeräte plötzlich brauchen, die wir vorher eingespart haben?

Die städtischen Krankenhäuser in Benrath und Gerresheim wurden privatisiert, weil die Stadt nicht in deren Modernisierung investieren wollte. DIE LINKE Ratsfraktion hat am 29. April im Düsseldorf Stadtrat einen Antrag gestellt: Die städtischen Anteile an der SANA Kliniken Düsseldorf GmbH zurückkaufen! Das kostet, aber die Pandemie hat deutlich gezeigt, dass sparen an der Gesundheitsversorgung lebensgefährlich ist.

Der Stadtrat privatisierte die städtische „Kliniken und Seniorenzentren der Landeshauptstadt Düsseldorf gGmbH“ in zwei Chargen. Unter CDU und FDP brachte 2007 der Verkauf von 51 % der Anteile an die SANA AG Geld ins Stadtsäckel. 2019 beschloss die SPD-FDP-Grüne Ratsmehrheit den Verkauf weiterer Anteile, sodass jetzt nur noch 25,1 % der GmbH in städtischer Hand sind. DIE

LINKE lehnte beide Anteilsverkäufe ab – denn die Folgen der Privatisierung für die Kliniken in Gerresheim und Benrath waren absehbar.

Trotz großer Proteste wurde zunächst die Geburtsstation geschlossen – angeblich aus Personalmangel. Investitionen in eine attraktivere Abteilung wurden nicht in Erwägung gezogen.

Am 20.02.2021 wurde bekannt, dass SANA die Labore der Kliniken in Gerresheim und Benrath schließt. Die Laborarbeiten werden nach Köln ausgelagert, die Beschäftigten entlassen. Mitten in der Corona-Krise erklärte die SANA AG diese Beschneidung der Gesundheitsversorgung in den Stadtteilen damit, dass sich die Labore nicht rechnen. DIE LINKE Ratsfraktion sah bestätigt, dass es der SANA AG nur um möglichst große Profite geht. Im Gesundheitswesen geht das Profitdenken der Konzerne auf Kosten der Gesundheit der Einwohner:innen. Für

DIE LINKE war klar: Düsseldorf braucht wieder städtische Krankenhäuser.

Deshalb wollte DIE LINKE die Stadtverwaltung beauftragen, mit der SANA AG Gespräche aufzunehmen. Sie sollte ausloten, was der Konzern für den Rückkauf der Anteile verlangt. Aber nicht einmal den Preis erfragen wollten die anderen Fraktionen im Rat - sie lehnten ab. Stattdessen überboten sie sich in absurden Lobeshymnen auf die SANA AG und ihre Führung der Düsseldorfer Kliniken. Die Menschen in Gerresheim und Benrath werden dazu ihre eigene Meinung haben.



Foto: (CC BY-NC 2.0) Die LINKE/Martin Heinlein

Zusammenarbeit statt Zaun!

Privatisierung vom Worringer Platz rückgängig machen

Anfang Juli sorgte der plötzliche Bau eines Zauns um die Außenterrasse einer Pizzeria auf dem Worringer Platz für Unmut. Denn der Pizzeria-Betreiber hatte auch die Bänke aus Glasbausteinen umzäunt, obwohl diese nicht zur Außenterrasse gehören. Damit wolle er die normalerweise auf den Bänken anzu-

den. Dabei bleiben Konflikte zwischen Anwohner:innen, Drogenkonsument:innen, Wohnungslosen und Gastronomie nicht aus. Aus diesem Grund hatte sich der Pizzeria-Betreiber schon im Jahr 2020 von der Stadt Düsseldorf – unter der damaligen Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und FDP – eine Erlaubnis für den Bau eines Zauns geholt. Heute sind die Grünen empört über den Zaun und fordern den sofortigen Rückbau. Die städtische Planungsdezernentin verteidigt die Maßnahme weiterhin mit der folgenden Sozialkontrolle.

Es ist verständlich, dass nach den finanziellen Einschnitten durch die Lockdowns der Gastronom eine große und saubere Außenterrasse nutzen will. Dass der Zaun jedoch ohne Absprache mit lokalen Initiativen wie der Drogenhilfe aufgestellt wurde, ist nicht hinnehmbar.

Baugenehmigung der Stadt reiht sich ein in eine lange Liste obdachlosenfeindlicher Baumaßnahmen in Düsseldorf. Unter SPD-Oberbürgermeister Geisel legte die Stadtverwaltung in einer Nacht-und-Nebel-Aktion spitze Steine unter die Rhein-kniebrücke, um zuvor dort campierende Wohnungslose zu verdrängen. Ebenfalls montiert die Stadt Düsseldorf seit Jahren lediglich Bänke mit einer Armlehne in der Mitte der Bank. Damit soll verhindert werden, dass Wohnungslose auf den Bänken liegen und schlafen können. Das Ordnungsamt tut auch seinen Teil für eine „Innenstadt ohne Armut“ und vertreibt regelmäßig Wohnungslose, Drogenabhängige oder die örtliche Trinkerszene von öffentlichen Plätzen.

DIE LINKE stellt sich schon seit Jahren gegen Versuche der Stadt, Menschen zu verdrängen, die nicht ins Selbstbild der Stadt passen. Die Stadt Düsseldorf muss ihre öffentlichen Plätze so gestalten, dass sich alle Menschen – ob mit oder ohne Wohnsitz oder Suchterkrankung – dort aufhalten können. Für den Worringer Platz wäre der erste Schritt, schnellstmöglich einen regelmäßigen Austausch zwischen Anwohner:innen, Gastronomie, Sozialarbeiter:innen und der Stadt zu schaffen. Nur so kann die Aufenthaltsqualität auf dem Worringer Platz für alle verbessert werden.



Neue Sitzplätze sind schon da
Foto: © R(h)einblick

treffende Drogenszene vertreiben. Seit Anfang der Corona-Pandemie hatten sich mehr Menschen mit Suchterkrankung und Wohnungslose auf dem Platz aufgehalten, da die Hilfseinrichtungen ihre Kapazitäten runterfahren mussten.

Der Platz ist keine Schönheit, aber er ist ein Aufenthaltsort für Wohnungslose und Drogenkonsument:innen, die von anderen Plätzen in der Innenstadt von Ordnungsamt und Polizei verdrängt wur-

In Düsseldorf gibt es keinen Platz für Armut

Die LINKE kritisiert die Haltung der Stadtverwaltung, dass ein Zaun die Probleme auf dem Worringer Platz löse. Die

Karte der Wohnungsspekulation

Bei Mietkosten, die über ein Drittel des Durchschnittseinkommens verschlingen, finden immer weniger Menschen in Düsseldorf eine Wohnung. Mit unterdurchschnittlichem Einkommen ist es fast aussichtslos. Studierende sind genauso betroffen wie Familien. Währenddessen lassen Spekulant:innen Wohnungen leer stehen, weil sie so an Wert gewinnen. Laut dem Bündnis für bezahlbaren Wohnraum stehen in Düsseldorf etwa 20.000 Wohnungen nicht dem Wohnungsmarkt zur Verfügung. DIE LINKE Ratsfraktion beantragte am 2. Juni im Rat, dass die Stadt auf einem Stadtplan sichtbar macht, wo in Düsseldorf mit leerstehenden Wohnungen spekuliert wird. Bisher bleibt es Mieter:innen-Initiativen überlassen, nach solchen Wohnungen zu fahnden und darauf aufmerksam zu machen. Wenn das datenschutzrechtlich nicht möglich ist, sollte die Verwaltung Alternativen aufzeigen. Die anderen Ratsfraktionen wollten das nicht und verwiesen unseren Antrag an den Wohnungsausschuss. DIE LINKE kämpft weiter für die Offenlegung der Spekulation.

Stadt darf nicht für Bundeswehr werben

Seit Jahren wird an Personal in der Düsseldorfer Stadtverwaltung gespart. Wegen Sparprogrammen wie „Verwaltung 2020“ hatte das Gesundheitsamt beispielsweise im Mai 2020 lediglich 52 der 155 benötigten Mitarbeiter:innen zur Kontaktnachverfolgung von Corona-Infizierten zu Verfügung. Die Stadt war darauf angewiesen, städtische Beschäftigte aus anderen Bereichen abzugeben und 40 Soldat:innen der Bundeswehr für die Kontaktnachverfolgung einzusetzen. Im März 2021 lud Oberbürgermeister Keller nur die Soldat:innen als Danke für ihre Arbeit in den Aquazoo ein. Dieses Dankeschön wurde mit einem Imagefilm in den sozialen Medien der Stadt Düsseldorf begleitet. Die Personalnot in den Ämtern und die daraus entstandene Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ist weder ein Grund zum Feiern noch ein Grund für Werbung für die Bundeswehr. Deswegen hat DIE LINKE im Stadtrat nachgefragt, ob die Stadt eine vergleichbare Dankeschön-Aktion für die Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamtes plant. In der Antwort der Verwaltung werden die Verwaltungsmitarbeiter:innen mit einem Fest „nach der Pandemie“ vertröstet.

Femizide – was kann Düsseldorf dagegen tun?

Femizid beschreibt die Tötung von Frauen wegen ihres Geschlechts oder wegen bestimmter Vorstellungen von Weiblichkeit. Prof. Dr. Kristina Wolff, Gründerin des Femicide Observation Center Germany (FOCG) beschreibt Femizide als die schlimmste Form von tradierter struktureller männlicher Gewalt. Ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Femiziden war die Einführung der Istanbul-Konvention, im Europarat am 11. Mai 2011. In Deutschland wurde die Istanbul-Konvention 2018 in Kraft gesetzt. Auch hier soll sie weitreichende Konsequenzen auf allen staatlichen Ebenen haben. Durchschnittlich versucht in Deutschland jeden Tag ein Mann, seine Partnerin, Ex-Partnerin oder Ehefrau zu töten, Tendenz steigend. Jeden dritten Tag kommt es zur Tötung. Im Jahr 2019 gab es in Deutschland 173 Femizide, 2020 184 Femizide und bis zum 22. Mai 2021 wurden 74 Femizide festgehalten (Quelle: FOCG). Diese Zahlen werden zurzeit nur von NGO's erfasst. Offizielle Daten werden bislang von Bund und Ländern nicht erhoben. Der Antrag im Juni 2021 durch DIE LINKE Düsseldorf, Expert:innen einzuladen, um sich zu informieren, wie eine Kommune dagegen vorgehen kann, wurde leider mehrheitlich abgelehnt.

Gender Budgeting bald transparent

Seit 2015 beschäftigt sich der Gleichstellungsausschuss mit dem Thema Gender Budgeting. Durch Gender Budgeting werden Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel analysiert und dirigiert, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern. Nach dem Ratsbeschluss vom 19.12.2019 hieß es, dass „die Verwaltung ein Verfahren entwickeln wird, mit dem eine geschlechtergerechte Mittelverteilung im Haushaltsplan der Landeshauptstadt Düsseldorf implementiert werden kann.“ Durch die Anfrage der LINKEN wurde bekannt, dass die Verwaltung 2021 dafür Stellen schaffen wird. Nach Beendigung des vorläufigen Haushaltes 2021 soll diese besetzt werden. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein elementarer Faktor. Das Gender Budgeting wird ein fester Bestandteil davon sein.

Solidarisch durch die Krise

Stadtrat appelliert an Bundestag und Landtag

Der Stadt Düsseldorf ging es im NRW-Vergleich bisher finanziell gut. Das könnte jetzt aber ein Ende haben. Die Düsseldorfer Stadtkämmerin fordert Einsparungen von 104 Millionen Euro fürs nächste Jahr. Bis 2024 wird Düsseldorf eine Milliarde Euro an Schulden aufhäufen.



Dann steht das „reiche“ Düsseldorf auf einmal ähnlich da wie Essen, Duisburg oder andere NRW-Städte. Wie kann das sein?

Düsseldorf ist Sitz vieler Großkonzerne. Das brachte der Stadt bisher hohe Gewerbesteuereinnahmen. Bisher – denn die Gewerbesteuer wird nur auf Gewinne erhoben. Städte mit wenig profitablen Unternehmen hatten auch vor der Krise nichts bis wenig von dieser Steuer.

Jetzt sind durch Corona die Gewinne ganzer Branchen eingebrochen; das trifft auch Düsseldorf. Dazu kommen Mehrausgaben für Corona-Maßnahmen und Nothilfen. Städtische Beteiligungen wie der Flughafen machen Verluste.

Dass Düsseldorf auf einmal viel mit anderen NRW-Städten gemeinsam hat, sah

DIE LINKE als Chance für eine neue Solidarität der Städte im Verteilungskampf mit Bund und Land. Ansonsten drohen in den Städten Kürzungshaushalte und Notverkäufe. Die Städte der Bundesrepublik

haben 2020 ein Finanzierungsdefizit von fünf Milliarden Euro. Für 2021 befürchtet der Städtebund sogar eine Finanzierungslücke von zehn Milliarden Euro.

Deshalb ergriff DIE LINKE in der Sitzung des Stadtrates am 29. April die Initiative für eine Erklärung des Stadtrates an den Bundestag und den Landtag: Der Stadtrat sollte Bund und Land auffordern, den Städten endlich einen Anteil an den Steuern zuzugestehen, mit dem die

Aufgaben der Städte auch finanziert werden können. Dazu braucht es vor allem einen städtischen Anteil an den Erträgen der Umsatzsteuer und eine Ausweitung der Gewerbesteuer auf Einnahmen aus Vermietungen und Lizenzgebühren. Daneben beantragte DIE LINKE, dass die Landeshauptstadt sich für weitere Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise stark macht.

Der Ruf nach einer fairen Steuerfinanzierung der Städte wurde von FDP-Fraktionschef Neuenhaus prompt als „Kommunismus“ bezeichnet. Für DIE LINKE schrieb Marcus Flemming der FDP ins Stammbuch, dass sie die Stadt jahrelang über den Ausverkauf von städtischem Tafelsilber finanziert hat.

Die Stadtkämmerin begrüßte die Initiative der LINKEN, ließ aber erkennen, dass sie den Solidargedanken ablehnte. Ähnliches hörte man von der SPD und den Grünen, die Beratungsbedarf anmeldeten. Deshalb kam das Thema drei Monate später, in der Ratssitzung im Juni, noch einmal auf die Tagesordnung. Diesmal kennzeichneten zahlreiche Änderungswünsche eine hitzige Debatte.

Am Ende wurde der Antrag der LINKEN nur in Teilen und mit zahlreichen Änderungen vom Stadtrat angenommen – aber immerhin mit einer Mehrheit von LINKE, SPD/Volt, Grünen und DIE PARTEI/Klimaliste. Die schwarz-grüne Blockadehaltung wurde bei der Finanzierungsfrage aufgebrochen. Wir sind gespannt auf die Haushaltsdebatte.

Erreichbarkeit muss gewährleistet sein

Für Offene Eingangszonen in den Ämtern

Vielleicht hatten Sie das Problem während der Pandemie auch schon: Die Terminvergabe in vielen Düsseldorfer Behörden, zum Beispiel beim Einwohnermeldeamt, gestaltet sich aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen schwierig. Und so nervig es ist, lange auf einen neuen Personalausweis warten zu müssen, Kontaktprobleme bei Jobcenter und Ausländerbehörde haben eine besondere Qualität und manchmal ernste Konsequenzen: Es hängen existenzsichernde Leistungen und Bescheide an diesen Behörden, von denen viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer abhängig sind. Der persönliche Kontakt zu diesen Behörden bedeutet für viele Menschen einen niedrighwelligen und schnelleren Zugang zu diesen Leistungen.

Seit dem Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 sind die Eingangszonen vieler Behörden in Düsseldorf geschlossen. Dadurch haben Kund:innen im Falle des Jobcenters Düsseldorf lediglich die Möglichkeit, per Internet oder Telefon

Kontakt aufzunehmen. Das ist für viele Menschen nicht leicht, die sich mit mangelnden Sprachkenntnissen in Deutsch oder fehlender technischer Ausstattung ans Jobcenter wenden müssen. Düsseldorferinnen und Düsseldorfer berichten bei der Kommunikation mit der Ausländerbehörde von ähnlichen Problemen. Zusätzlich zu der vollständigen Schließung soll die Ausländerbehörde dabei auch noch telefonisch sehr schwer erreichbar sein. Viele warten monatelang auf eine Kontaktmöglichkeit.

Deshalb beantragte DIE LINKE Ratsfraktion im Ausschuss für Gesundheit und Soziales, dass die Verwaltung es ermöglicht, bei den angegliederten Behörden der Ämter für Migration und Integration, Gesundheit und Soziales, zumindest beim

Jobcenter, dem Amt für Grundsicherung und dem Ausländeramt, eine sogenannte offene Eingangszone einzurichten. So könnten Kund:innen der Behörden im Eingangsbereich direkt persönlich Kontakt



herstellen oder Unterlagen beweissicher einreichen. Der Schutz vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus muss für Beschäftigte und Besucher:innen der Jobcenter dabei selbstverständlich gewährleistet werden. Der Antrag wurde abgelehnt.

Koloniales Erbe in Kultureinrichtungen

Wie viel davon gibt es in Düsseldorf?

Die Provenienzforschung geht der Frage nach, wie Kunst- und Kulturobjekte ins Museum kommen. Sie setzt sich mit der Geschichte, den Besitz- und Standortwechseln dieser Objekte auseinander. In Düsseldorf wurde endlich im Jahre 2019 mit der Tiefenerschließung der Aktenbestände aus der Zeit des Nationalsozialismus in den städtischen Kunst- und Kultureinrichtungen begonnen. Eine systematische Überprüfung aller städtischen Kulturgüter auf NS-Raubkunst soll vollständig erfolgen und bis zum Jahr 2024 in allen städtischen Einrichtungen überprüft werden.

Dies ist aus Sicht der LINKEN Ratsfraktion auch für Kulturgüter erforderlich, die möglicherweise kolonialen Ursprungs sind. Denn das bestehende Konzept sieht diese Überprüfung nur am Rande vor. Die Provenienzforschung im „kolonialen Kontext“ sollte in Düsseldorf eigenständig erfolgen und einen weiteren Schwerpunkt in der Provenienzforschung darstellen. Lange wurde in Deutschland und anderen europäischen Ländern die Aufarbeitung des Kolonialismus verdrängt und die Kolonialgeschichte isoliert vom kolonialen Sammeln und Raubkunst betrachtet. Um eine Aufarbeitung dieser Gräueltaten und



Es liegt noch viel Raubkunst in Museen

Foto: (CC BY-2.0) flickr/JP

Verbrechen zu gewährleisten, bedarf es allerdings einer Gesamtbetrachtung, in die wissenschaftliche und kulturelle Auseinandersetzungen miteinbezogen werden müssen. Denn die Nachwirkungen des Kolonialismus finden sich auch im institutionellen, strukturellen und alltäglichen Rassismus der Gegenwart. Koloniale Kontinuitäten spiegeln sich in Gesellschaftsstrukturen, Lebensrealitäten, Kunst und Kultur sowie in der Sprache der Menschen in Europa wider. Gerade deshalb ist es wichtig, zukünftige Generationen darauf aufmerksam zu machen und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, sich über diese Zeit zu informieren. Deshalb beantragten wir im Stadtrat, den Be-

stand aller städtischen Einrichtungen auf einen möglichen kolonialen Ursprung hin zu überprüfen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt mit dem Argument, es würde bereits genug in diesem Bereich auf städtischer Seite getan.

Auch die Stadt Düsseldorf sollte ihren Umgang und die Auseinandersetzung mit der Kolonialgeschichte intensivieren, ein gesellschaftlicher Bewusstseinswandel in diesem Themenbereich ist dringend geboten. Die Stadt sollte ihren Beitrag dazu leisten, die Beziehung zwischen Herkunftsgesellschaften und Museen auf eine neue Basis zu stellen und eine postkoloniale Erinnerungskultur in Düsseldorf zu schaffen.

Kein Anschluss

Das Breitbanddesaster in Düsseldorf ist hausgemacht

Die Privatwirtschaft macht es besser, ist die neoliberale Mär, die gerne verbreitet wird. Das ist Nonsense. Ein gutes Beispiel bietet der Ausbau des Glasfasernetzes in Deutschland. Während in Städten mit kommunalen Netzgesellschaften der Ausbau mit Glasfaser weit fortgeschritten ist, dümpeln die Städte die auf die Privatwirtschaft gesetzt haben, weit hinterher. So auch in Düsseldorf.

Die Auswertung des Vergleichsportals Verivox auf Basis des Bundes-Breitbandatlas ergab für Düsseldorf im April 2020 eine Glasfaserquote von gerade einmal 3 %. Köln und München sind mit Netzgesellschaften, an denen die Kommunen

über die Verkehrsgesellschaften bzw. Stadtwerke beteiligt sind, viel weiter. München kommt auf eine Quote von 75 % und Köln als bundesweiter Spitzenreiter auf 80 %. Immerhin schafft es Düsseldorf bei den Schulen ins Mittelfeld. So waren 2020 nach der Studie 90 von 145 Schulen in Düsseldorf mit Glasfaser versorgt.

Zur Erinnerung: Auch Düsseldorf hatte einmal eine eigene Netzgesellschaft mit dem damals noch nicht diskreditierten Namen ISIS. Manchmal kann man noch Gullideckel mit dem Schriftzug auf dem Boden sehen. 1994 unter anderem von den Stadtwerken Düsseldorf gegründet, wurde ISIS 1999 an Arcor verkauft. Damit hatte die Stadt, im Gegensatz zu Köln, die Möglichkeit den Ausbau zu fördern und zu steuern, aus der Hand gegeben. Hinter vorgehaltener Hand wird von städtischen Mitarbeiter:innen zugegeben, dass dies damals ein groß-

er Fehler war. Immer wieder werden seitdem mit großem Tam-Tam Digitalisierungsoffensiven gestartet, die aber meist im Sande verlaufen bzw. erst gar nicht zustande kommen, da die privatwirtschaftlichen Akteure, wie die Telekom, eigene (Wirtschafts-) Interessen verfolgen. So ist auch die Ankündigung der Stadt und Telekom mit Vorsicht zu genießen, wenn verkündet wird, dass bis 2025 die Telekom 160.000 Glasfaseranschlüsse legen will. In der Antwort einer Anfrage der LINKEN zum Thema im Digitalisierungsausschuss im Juli 2021 liest sich das dann auch schon ganz anders: „...da noch nicht eindeutig klar ist, welche Bereiche Düsseldorfs in den kommenden Jahren durch die Netzbetreiber eigenwirtschaftlich ausgebaut werden...“. Die Antwort auf die Anfrage macht deutlich, wie abhängig die Stadt von den privatwirtschaftlichen Akteuren ist. Sie kann nicht bestimmen, wo Breitband ausgebaut wird. Es ist zu befürchten, dass für die Privatindustrie wirtschaftlich uninteressante Gebiete einfach nicht angeschlossen werden. Immerhin prüft die Stadt, die Möglichkeit, eine eigene Netzgesellschaft zu gründen. Die Ergebnisse sollen im September vorliegen. DIE LINKE bleibt an diesem Thema dran.



Läuft das streaming mal wieder nicht?

Foto: © Canstock/Deagreez

Viele Baumfällungen

DIE LINKE Düsseldorf hat im Mai die Anfrage gestellt, wie viele Bäume seit 2016 durch Baustellen gefällt werden mussten. Eine differenzierte Auswertung für Fällungen in den Bezirksvertretungen gibt es erst seit 2018. Das Gartenamt informiert regelmäßig nur die jeweiligen Bezirksvertretungen über Baumfällungen im Stadtgebiet. Über <http://maps.duesseldorf.de> werden die betroffenen Baumstandorte dargestellt. Jedoch werden Baumfällungen auf Grund von Baumaßnahmen als privates Interesse eingestuft. Deshalb sind diese Daten nicht öffentlich.

Wenn Bäume gefällt werden müssen und nicht nachgepflanzt werden können, muss eine Ausgleichszahlung an das Gartenamt erfolgen. Allein durch Baumaßnahmen wurden von 2018 bis 2020 insgesamt 3949 Bäume gefällt. Aus unterschiedlichsten Gründen wurden von 2018 bis 2020 zusammen 12.985 Bäume gefällt. Nur 2326 Bäume sind durch Ersatzpflanzungen neu gepflanzt worden. Klimaschutz? Note: mangelhaft.

Beschäftigte in städtischen Kunst- und Kultureinrichtungen

Im Kulturbereich sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse weit verbreitet. Aus einer Anfrage der LINKEN Ratsfraktion im Jahr 2017 ging hervor, dass von den 529 Mitarbeiter:innen in städtischen Kultureinrichtungen 122 in Teilzeit und 36 befristet beschäftigt waren. Laut Verwaltung waren zu diesem Zeitpunkt davon mehr als 17 als Aushilfen bzw. in einem Minijob beschäftigt.

Die anhaltende Corona-Pandemie traf die Kulturszene mit besonderer Härte. Auch der Düsseldorfer Kulturbetrieb wurde durch diese zum Erliegen gebracht und Mitarbeiter:innen der Kulturinstitute wurden teilweise in Kurzarbeit geschickt. Im Kulturausschuss fragten wir nach, ob und wie sich die Situation auf die Arbeitsverhältnisse ausgewirkt hat. Laut Verwaltung (Stand: April 2021) arbeiteten insgesamt 735 Personen in den städtischen Kultureinrichtungen, davon waren 261 Personen in Teilzeit und 32 Personen befristet beschäftigt. Die Anzahl der Aushilfen bzw. der Beschäftigten auf Minijob-Basis hat sich sogar verdoppelt. Die Prekarisierung in diesem Bereich schreitet in Düsseldorf voran. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Kultureinrichtungen für ihre Mitarbeiter:innen krisenfest und nachhaltig gestaltet werden.

Mehr Radfahren – aber sicher!

Im Mai hat DIE LINKE Düsseldorf im Ordnungs- und Verkehrsausschuss einen Antrag gestellt, die Querungsinseln entlang des Radhauptnetzes zu überprüfen. Der große Anstieg von Radfahrer:innen und der erfolgreiche Antrag auf Fördergelder für Lastenräder macht deutlich, dass sich mehr Radfahrer:innen auf den Radwegen fortbewegen. Da in Düsseldorf mehrspurige Straßen mit einer Zwischeninsel ausgestattet sind, stellt sich die Frage, ob diese Inseln für das erhöhte Fahrrad-Aufkommen ausgestattet sind. Hinzu kommt, dass Lastenräder zu lang für einige Inseln sind. Um das Radhauptnetz sicher zu machen, sollten diese Inseln auf Sicherheit, Größe und Barrierefreiheit überprüft werden. Außerdem soll auch so gewährleistet werden, dass Fußgänger:innen nicht von den Rädern bedrängt werden. Nur durch eine gesamte Sicherheit der Radstrecken kann das Radhauptnetz funktionieren. FDP, CDU und Grüne lehnten diesen Antrag ab, weil es angeblich für die Verwaltung zu viel Arbeit sei.

Keine Jobsicherheit für Rheinbahn-Security

Die Sicherheitsdienste GmbH der Gülich-Gruppe war seit 2018 im Auftrag der Rheinbahn bei Fahrkartenkontrollen und in der Sicherheit tätig. Da das Unternehmen nun Insolvenz anmeldete verlieren 60 Mitarbeiter:innen in Düsseldorf ihren Job. Am 15. Juni hatten die Beschäftigten statt einer Gehaltsüberweisung schon die Nachricht erhalten, dass sich die Gehaltsauszahlung verzögert. Der kurzfristige Lohnausfall und die plötzliche Arbeitslosigkeit bedrohen die ehemaligen Mitarbeiter:innen in ihrer Existenz.

Verdi forderte von der Rheinbahn, den Beschäftigten eine Perspektive auf Übernahme zu geben. Deswegen hat DIE LINKE Ratsfraktion im Stadtrat bei der Verwaltung nachgefragt, ob sie zusammen mit ihrer Tochterfirma Rheinbahn erwägt, die entlassenen Beschäftigten in Düsseldorf zu übernehmen. Die Verwaltung antwortete lediglich, dass man den nun arbeitslosen Mitarbeiter:innen rate, sich auf der öffentlichen Stellen-Webseite der Stadt für ähnliche Jobs zu bewerben. Mit der Auslagerung der Sicherheitsarbeit an Dienstleister wie die Gülich-Gruppe haben die Stadt und ihre Tochterfirma Rheinbahn anscheinend auch die Verantwortung für die Beschäftigten ausgelagert.

Schließung des Großmarktes

Zu Lasten aller Düsseldorfer:innen

Am 15. Juni 1936 wurde der Großmarkt an der Ulmenstraße eröffnet. In den Jahren 1978/79 und 1990/91 wurde er mit einem Gesamtaufwand von 30 Millionen Euro neu errichtet.

Fast auf den Tag genau 85 Jahre nach der Eröffnung hat der Rat der Stadt das Aus für den Großmarkt beschlossen. Der Pachtvertrag, der 2024 ausläuft, soll nicht verlängert werden.

Rund 3.000 KundInnen aus der Region Düsseldorf versorgen sich jeden Tag mit frischen Lebensmitteln. Es handelt sich dabei um kleine Lebensmittelgeschäfte, Restaurants und Kantinen und um MarkthändlerInnen. Für diese bedeutet die Schließung erheblich weitere Wege für ihre Einkäufe und damit höhere Kosten durch Personal und Fracht.

Gleichzeitig entsteht auch ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den großen Lebensmittelketten und Discountern, die nicht auf den Großmarkt angewiesen sind.

Schon vor Jahren gab es Überlegungen, den Großmarkt zu schließen, da er für die Stadt ein Zuschussgeschäft ist. Es gab Streitigkeiten um den Zustand der Hallen, die Höhe der Pacht und die Kosten der Müllentsorgung. Die Überlegungen wurden zu den Akten gelegt, nachdem sich die Großmarktgilde bereit erklärt hatte, als Scharnier zwi-

schen der Stadt und den Pächter:innenn zu agieren. Es muss allerdings festgestellt werden, dass zu wenige Händler:innen mitgemacht haben und die Probleme so nicht gelöst werden konnten.

Trotzdem ist die Schließung des Großmarktes keine Lösung. Die Versorgung von Düsseldorf mit frischen Lebensmitteln gehört zur täglichen Daseinsvorsorge und muss erhalten werden. Besonders perfide ist die Argumentation der „Umwertpartei“ in der Mehrheitskooperation im Rat, die den Händlerinnen

und Händlern den Rat gab, sich doch zukünftig in Venlo zu versorgen. Wie viele LKWs dadurch auf der Strecke zwischen Venlo und Düsseldorf unterwegs sein sollen, mag man sich nicht vorstellen.

Die LINKE Ratsfraktion hat bei der Ratssitzung den Antrag gestellt, den Großmarkt zu erhalten. Der Antrag fand keine Mehrheit.

Letzten Endes bedeutet die Auflösung des Großmarktes ein riesiges Immobiliengeschäft, denn ein Verkauf des Grundstückes verspricht Millionen-Einnahmen.



Der Großmarkt ist für die Versorgung wichtig
Foto: pixabay/Michelle Reponi

Appelle an die Landesregierung – LINKS wirkt

Sowi muss im Lehrplan bleiben und Lehrkräfte müssen gleiche Bezahlung erhalten

Schule als Institution hat von der ersten bis zur letzten Klasse einen klaren Auftrag. Der liegt im Lehren und Lernen. Aber darin erschöpft sich dieser Bildungsauftrag nicht. Vielmehr soll Schule auch Werte vermitteln und Schüler:innen dazu anregen, sich mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Themen auseinanderzusetzen. Das geschieht seit fast 50 Jahren mit dem Fach „Sozialwissenschaften“. In NRW gehört „Sowi“ zum Profil der Schulbildung und ist über Generationen hinweg fester Bestandteil des Lehrplans.

Sowi unabdingbar für eine demokratische Gesellschaft

Wenn es nach der Landesregierung gehen soll, ist das bald vorbei und Ersatz mit dem Fach „Wirtschaft/Politik“ schon gefunden. Durch dieses Schulfach wird die zentrale Leitidee, die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit komplexen gesellschaftlichen Problemen, im Wesen komplett verändert. Die Folgen treffen nicht nur die Schüler:innen schwer. Auch alle Lehrkräfte mit Fakultas für das Fach

„Sozialwissenschaften“ dürfen das neue Fach nur unterrichten, wenn sie einen einjährigen Zertifizierungskurs absolvieren. Studierende der Fachs „Sozialwissenschaften“ bangen um ihre Zukunft. Der Protest dagegen ist groß. Aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und auch der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. (DVPB) werden hier falsche Zeichen gesetzt. Anzunehmen ist, dass die Einführung des Faches Wirtschaft zu einer Ökonomisierung der Bildung führt.

Keine Politik im Sinne der Wirtschaft

Deshalb hat unsere Ratsfraktion im Stadtrat den Antrag gestellt, dass sich die Stadt Düsseldorf bei der Landesregierung dafür einsetzen soll, das Fach zu erhalten. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

...und weil Grundschullehrkräfte es verdienen...

Schule als Institution hat von der ersten bis zur letzten Klasse einen klaren

Auftrag. Der liegt im Lehren und Lernen. Und die Lehrenden erfüllen von der ersten bis zur letzten Klasse ein und denselben Auftrag. Ihre Arbeit ist von der ersten bis zur letzten Klasse gleichwertig. Die Bezahlung dagegen nicht. Deshalb beantragte die LINKE Ratsfraktion, dass die Stadt Düsseldorf die Landesregierung auffordern soll, künftig alle voll ausgebildeten Lehrkräfte gleich zu bezahlen. In einigen Bundesländern wurde diese Forderung der GEW erfolgreich umgesetzt. Zeit, dass dies auch in NRW geschieht. Und die Kommunen sind nach Ansicht der LINKEN dazu verpflichtet, bei der Landesregierung darauf hinzuwirken.

Die Corona-Pandemie hat einmal mehr deutlich gemacht, dass die Arbeit der Lehrkräfte an verschiedenen Schulformen zwar unterschiedlich, aber gleichwertig ist. Da immer noch 90 Prozent der Lehrkräfte an Grundschulen Frauen sind, wird durch die Gleichstellung gleichzeitig ein weiterer Schritt auf dem Weg für die längst überfällige gleiche Bezahlung von Frauen und Männern getan. Auch dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Kapazitätserweiterung des Flughafens stoppen! DIE LINKE bringt durch ihren Antrag im Rat die Kooperation von Schwarz-Grün ins Straucheln

DIE LINKE Düsseldorf stellte in der Ratssitzung im Juli den Antrag, die Kapazitätserweiterung des Flughafens für mehr Start- und Landerechte (Slots) erst einmal für fünf Jahre zurückzustellen.

Vertreter:innen der Landeshauptstadt sitzen im Aufsichtsrat der Flughafen Düsseldorf GmbH, deshalb können sie auch auf die Geschäftsleitung und die Anteilseigner der GmbH politisch einwirken.

Im Februar 2015 hatte die Flughafen Düsseldorf GmbH ein Planfeststellungsverfahren zur Kapazitätserweiterung für den Flughafen Düsseldorf eingeleitet. Die Start- und Landeerlaubnisse sollen dabei von 47 auf 60 pro Stunde erhöht werden. Sie begründete dies mit der angeblich bedarfsgerechten Anpassung an die internationale Entwicklung.

Daraufhin gingen im Jahr 2016 mehr als 47.000 Einwendungen gegen die Kapazitätserweiterung ein. Die Bezirksregierung Düsseldorf legte hierauf weitere, ergänzende Antragsunterlagen aus. Erneut wurden knapp 10.000 Widersprüche von betroffenen Bürger:innen, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen eingereicht.

Durch die Corona-Pandemie ging das

Passagieraufkommen im Jahr 2020 von 25,5 Millionen auf 6,6 Millionen Fluggäste zurück. Auch 2021 werden die Zahlen der Passagiere unter dem alten Personenaufkommen liegen. Aber man hält weiterhin an der Kapazitätserweiterung fest.

Schon seit 2010 geht die Zahl der Passagiere für Inlandflüge kontinuierlich zurück. Aber 58 Prozent der Deutschen lehnen laut einer Forsa-Umfrage vom 03.06.2021 Inlandflüge komplett ab.



Dennoch machten in Düsseldorf 2018 Flüge unter 500 Kilometer Entfernung über 30 Prozent aus.

Laut dem Düsseldorfer Bericht zur Luftqualität 2020 sanken alle Luftbelastungswerte in der Stadt unter die von der WHO empfohlenen Werte. Sogar die Grenzwerte der NO₂-Belastung konnten

erstmals eingehalten werden. Dies ist auch auf die sinkende Zahl von Flügen zurückzuführen und auch auf 18,9 Millionen entfallenen An- und Abfahrten zum Flughafen. Auch die Lärmbelastigung für die Flughafenanwohner:innen sank 2020/2021 erheblich.

Weil die Debatte um Klimawandel und Klimanotstand eine immer größere Bedeutung bekommt und auch davon ausgegangen ist, dass die Anzahl der Flüge in Zukunft niedriger sein wird als vor der Corona-Krise, ist die Forderung nach einer Kapazitätserweiterung widersinnig.

Laut einem vertraulichen Gutachten der Geschäftsführung des Flughafens Düsseldorf gibt es aber sogar weitere Expansionspläne.

Der Antrag der LINKEN wurde mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt. Die Grünen waren mit ihrem Kooperationspartner CDU in diesem Punkt nicht einig und so stimmten immerhin einige von ihnen für den Antrag. Und wenn einige von der SPD sich nicht enthalten hätten, wäre es die erste Niederlage der CDU/GrünenKoalition geworden. Für DIE LINKE Düsseldorf steht fest: die Ausbaupläne des Flughafens müssen gestoppt werden.

Städtische Gelder für Pferderennen - Warum? Ist das schon Wirtschaftsförderung oder kann das weg?

Jedes Jahr fordert DIE LINKE im städtischen Ausschuss für Wirtschaftsförderung, dass die Gelder für den Düsseldorfer Renn- und Sportverein gestrichen werden. Sie fließen u. a. in die Instandhaltung der Pferderennbahn und in Sektempfänge anlässlich des "Großen Preises der Landeshauptstadt Düsseldorf" – Häppchen und Kontaktpflege der oberen Zehntausend. Für DIE LINKE ist das keine sinnvolle Wirtschaftsförderung.

Die anderen Fraktionen im Stadtrat, von SPD über Grüne bis zur CDU, sorgen aber jedes Mal dafür, dass die Gelder weiter fließen. Im vergangenen Jahr verabredete das städtische Amt für Wirtschaftsförderung aufgrund der Corona bedingten schlechten Finanzlage vorausseilend mit dem Rennverein eine Halbierung der Förderung. Wieder war es nur DIE LINKE, die eine völlige Streichung forderte. Und kurz vor der endgültigen Beschlussfassung über den städtischen Gesamthaushalt tauchte die Förderung für den Rennverein wieder in beinahe voller Höhe im Haushalt auf. Ein interessantes Manöver.

Im März hatten wir im Ausschuss für Wirtschaftsförderung nachgefragt, welchen positiven wirtschaftlichen Effekt die Förderung für Düsseldorf denn hat. Die

Stadtverwaltung antwortete, dass sich 400 geladene Gäste aus "Wirtschaft, Gesellschaft und Ehrenamt" zum Empfang des Oberbürgermeisters beim Großen Preis treffen und ihre Kontakte pflegen. Den Effekt könne man nicht beziffern. Wir können diesen Effekt schon beziffern: Es kostet die Stadt Düsseldorf 100.000 Euro. Außer im letzten Jahr, wo es gar keinen "Großen Preis von Düsseldorf" gab, die Stadt aber trotzdem 65.000 Euro dafür zahlte.

Zusätzlich zu den Geldern für den "Großen Preis" zahlte die Stadt Düsseldorf in den Jahren 2015 bis 2017 je 150.000 Euro an den Rennverein zur Erhaltung von Rennbahn und Gebäuden, in 2018 170.000 Euro, in 2019 130.000 Euro und in 2020 100.000 Euro.

Nachdem die Stadt also gewohnheitsmäßig eine Viertelmillion Euro pro Jahr an den Pferderennverein zahlt, wollte DIE LINKE Ratsfraktion noch wissen, was städtische Tochterunternehmen im Rahmen von Sponsoring oder Spenden an den Rennverein zahlen. Hier war die Antwort der Stadt äußerst schmallippig: Finanzielle



Unterstützungen durch städtische Beteiligungsgesellschaften seien der Wirtschaftsförderung nicht bekannt.

Da sich die Stadt nicht einmal die Mühe zu machen schien, ihre eigenen Tochtergesellschaften anzufragen, fragten wir Mitte Mai im Haupt- und Finanzausschuss erneut nach. Die Antwort bestand im gleichen Satz, einfach hineinkopiert; inklusive eines Tippfehlers. Nach Hinzuziehen eines Rechtsanwalts hat DIE LINKE Ratsfraktion inzwischen die Antwort erhalten, dass es keine Zuwendungen durch städtische Töchter an den Rennverein gab. Nur für die Stadtparkasse dürfe aus rechtlichen Gründen keine Auskunft gegeben werden.

Zähne putzen verboten

Kinder und auch die Kinderbetreuung leiden besonders unter der Corona-Pandemie. Auch wenn das Betretungsverbot in den Kindertagesstätten im letzten Jahr glücklicherweise aufgehoben werden konnte, kann von normalem Regelbetrieb keine Rede sein. Zusätzlich zu den wichtigen Sozialkontakten und Lernangeboten in der Kindertagesstätte brauchen viele Kinder auch besondere Frühförderangebote. Diese sind ohne persönlichen Kontakt kaum möglich. Nach Gesprächen mit Elterninitiativen fragte DIE LINKE Ratsfraktion im Düsseldorfer Jugendhilfeausschuss an, welche Förderungsangebote derzeit nicht angeboten werden können. Die Stadtverwaltung und das Jugendamt antworteten, dass zumindest die städtischen Frühförderangebote normal stattfinden konnten. Einige Angebote, wie beispielsweise die Elternberatung, konnten digital sichergestellt werden. Andere Angebote wurden nach Lockerung der Pandemieregeln wieder aufgenommen. Lücken in der Versorgung gibt es dennoch: Von einer Fachkraft aus einer Düsseldorfer Kindertagesstätte erfahren wir, dass gemeinsames Zähneputzen in der Kindertagesstätte seit der Pandemie nicht mehr erlaubt ist. So müssen Eltern statt Kariesprophylaxe in der Kita mit Elternbriefen auskommen und zuhause das Zähne putzen üben. Zusätzlich zur Mehrbelastung durch das Home-Office und Haushalt. Das wird immerhin den Kindern gefallen.

IMPRESSUM Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65 · 40545 Düsseldorf

Redaktion:

Meikel Friebe, Inge Heuschen, Kea Detmers, Christian Jäger, Anastasia Kordela, Sophie Würdemann

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de
facebook: LinksfraktionDuesseldorf

V.i.S.d.P.:

Julia Marmulla

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

35.000

**Kein Personal:
Bekämpfung von
Airbnb nicht umgesetzt**

Der große Wurf war sie nie: Die Wohnraumschutzsatzung startete mit Schlupflöchern und ohne Personal zur Umsetzung. Die wenigen Beschäftigten im Düsseldorfer Wohnungsamt schoben bald einen Berg von zu prüfenden Anträgen auf Zweckentfremdung von Wohnungen vor sich her. Zeit, nach unangemeldeten Airbnb-Wohnungen zu fahnden oder leerstehende Spekulationsobjekte zu begehen, haben sie immer noch nicht. Dabei könnte die Wohnraumschutzsatzung entscheidend sein für die Rückführung von zweckentfremdeten und leerstehenden Wohnungen in den überbelegten Wohnungsmarkt. DIE LINKE machte mit Anträgen im Stadtrat Druck, die Mängel der Satzung zu beheben. Schließlich gibt es die Düsseldorfer Wohnraumschutzsatzung nur, weil DIE LINKE das Thema aufgebracht und einen eigenen Satzungsentwurf vorgelegt hatte – selbstverständlich ohne Schlupflöcher. Während die Schlupflöcher mittlerweile weniger geworden sind, sieht es bei der Umsetzung nach wie vor schlecht aus. Im Oktober 2020 hatte DIE LINKE im Wohnungsausschuss zehn zusätzliche Personalstellen beantragt. Von der CDU-Grünen Ratsmehrheit wurden schließlich vier neue Stellen beschlossen. Das war im Februar 2021. In der Sitzung des Rates im Juli fragte DIE LINKE nach. Die Antwort der Verwaltung: Es konnte bisher nur eine Stelle besetzt werden. Was ist eine Satzung gegen Leerstandsspekulation und Airbnb wert, wenn sie nicht umgesetzt werden kann? Vermutlich nicht einmal das Papier, auf dem sie steht.

**Kein Runder Tisch gegen Rechts
Grüne blockieren die Bekämpfung von Neonazis**

Die rechtsradikale „Bruderschaft Deutschland“ tritt in den Düsseldorfer Stadtteilen Garath, Eller und Oberbilk seit Jahren als rechte Schlägertruppe auf. Sie rekrutiert ihre Mitglieder aus der Roker- und Hooligan-Szene und hat sich bundesweit mit Neonazi-Gruppierungen vernetzt. Das bedeutet nicht nur die Teilnahme an Neonazi-Aufmärschen in der ganzen Republik.

Im Strafprozess gegen die „Gruppe S“ traten jetzt Kontaktversuche der „Bruderschaft“ zum Rechtsterror auf. In Berlin nahmen „Bruderschaft“-Mitglieder auch an der versuchten „Erstürmung“ des Reichstagsgebäudes unter dem Deckmantel der Corona-Proteste teil. Die „Bruderschaft“ ist längst bundesweit vernetzt und einer untätigen Landeshauptstadt über den Kopf gewachsen.

Seit Jahren kämpft DIE LINKE Ratsfraktion Düsseldorf dafür, dass die Stadt endlich die bedrohlichen Ausmaße des Düsseldorfer Nazi-Problems anerkennt und etwas dagegen unternimmt. Im Februar 2020 gab es scheinbar einen



Durchbruch – nach dem Schock der Wahl eines Thüringer Ministerpräsidenten mit AfD-Stimmen beschloss der Düsseldorfer Stadtrat einstimmig die Erstellung des von der LINKEN geforderten Konzepts gegen Rechts.

Bis zum heutigen Tag hat dieser Beschluss aber keine Konsequenzen gehabt – weder unter der alten Ratsmehrheit aus Grünen, FDP und SPD, noch unter



Antifa bleibt Handarbeit
Fotos: (CC BY 2.0) flickr/DIE LINKE/Theis

der neuen Ratsmehrheit aus Grünen und CDU. DIE LINKE Ratsfraktion konfrontiert diese Fraktionen immer wieder mit der Kluft zwischen ihren Sonntagsreden von 2020 und ihrer Untätigkeit. Zuletzt in der Ratssitzung am 1. Juli:

DIE LINKE Ratsfraktion beantragte einen runden Tisch mit Vereinen und Initiativen aus den betroffenen Stadtteilen Eller, Oberbilk und Garath. Hier könnte sich die Stadt ganz konkrete Anregungen holen. In den Stadtteilen hat die „Bruderschaft“ ihres Basis; hier muss die Bevölkerung dringend aufgeweckt werden, um die Akzeptanz für die rechte Schlägertruppe und ihr neonazistisches Weltbild zurückzudrängen.

Am Tag der Abstimmung über den runden Tisch ging für die Grüne Ratsfraktion Angela Hebler ans Pult und begründete die Ablehnung ihrer Fraktion: Im Jahr 2022 werde jemand von der Stadt angestellt, um sich mit der Arbeit gegen Diskriminierung in Düsseldorf zu beschäftigen. Im Rahmen der Antidiskriminierung werde sich diese Person auch ein

Konzept gegen Rechts ausdenken. Zuvor hatte sich Grünen-Vorsitzender Czerwinski geäußert, dass er ein Konzept gegen Rechts eigentlich überflüssig findet. Die CDU war sich mit den Grünen einig: Die Neonazi-Szene wird für wenigstens ein, zwei weitere Jahre in Ruhe gelassen.

Wer weiß, wie lange die Suche nach einer Antidiskriminierungsbeauftragten dauern wird? Wann und wie lange sie sich mit der Formulierung eines Konzeptes befassen wird? Wie lange die Stadt für Beschluss und Umsetzung brauchen wird? Wenn es denn beschlossen wird. Nur eins steht fest: Die CDU wird sich mit einem Konzept schwertun, das sich gegen Rechts richtet.

Da ist es leichter für Grüne und CDU, das Nazi-Problem weiterhin konsequent kleinzureden. Jede Erinnerung an die Existenz der „Bruderschaft“ ist schlecht fürs Image einer Grünen-Fraktion, die in Düsseldorf seit sieben Jahren in der Stadtregierung ist. DIE LINKE Ratsfraktion wird sie damit nicht davonkommen lassen.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mussten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion

DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird kostenlos verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

oder herunterladen unter:
linksfraktion-duesseldorf.de/rheinblick

